

Haushaltseinigung der Ampel: Ein wackliger und notdürftiger Kompromiß

Von Peter Helmes

So verhindert man keinen Ampelstreit

Die Fanfarenstöße und den Weihrauch hätten die Ampelvertreter sich sparen können. Die Gründe für den Jubel verfangen nicht mal bei der eingefleischten Klientel. Denn die vorgeführte Einigung im Haushaltstreit ist kein Befreiungsschlag, sondern ein notdürftiger Kompromiß, der auf wackligen Beinen steht. Die Rechnung wird bald folgen. Beim Thema Schuldenbremse zeigt sich bereits, daß der Frieden nicht lange halten wird.

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hat die politische Krise in Deutschland weiter verschärft. Wer einen großen Befreiungsschlag erwartet hatte, schaut jetzt dumm in die Wäsche. Es ist schon gar nicht eine Befreiung, den die Koalitionäre nach dem tiefgreifenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts vor vier Wochen gerne präsentiert hätten. Vieles bleibt nebulös oder wirkt bemüht, eine große Linie ist nicht erkennbar.

Genau das aber spiegelt auch den aktuellen Zustand dieser Koalition wider. Längst haben Grüne, SPD und FDP ihre Gemeinsamkeiten weitgehend aufgebraucht. Jeder wurstelt mehr oder weniger vor sich hin und versucht, von den eignen Projekten zu retten, was noch zu retten ist.

Natürlich lebt gerade ein komplexes Dreierbündnis von Kompromissen – und Haushaltsverhandlungen, bei denen es plötzlich gilt, ein 17 Milliarden-Euro-großes Defizit zu beheben, stellen sicherlich jede Koalition vor enorme Herausforderungen. Zumal angesichts der äußerst knappen Zeit! Schließlich soll der neue Etat schon bald in Kraft treten.

Mit dem Haushaltsvorschlag 2024 wird es der Bundesregierung nicht gelingen, das schwer angeschlagene Vertrauen des Volkes zurückzugewinnen.

Denn die Zeche für den Regierungs-Murks zahlt der Bürger: Höhere CO₂-Abgabe, höhere Netzentgelte und Streichung von Subventionen – das merken die Menschen konkret im Geldbeutel, ohne daß sie vom Nutzen der teuren Klimaschutzprojekte jetzt mehr überzeugt wären als vorher. Bundeskanzler Scholz' Hoffnung, der Kompromiß fördere ‚sozialen Zusammenhalt‘, ist allenfalls ein frommer Wunschtraum.

Von einer Regierung, die vor allem die Angst vor Neuwahlen noch zusammenhält, mag kein großer Wurf zu erwarten sein, aber mehr als nur Stückwerk wäre der Lage schon angemessen gewesen.

Notbremse für die Schuldenbremse

Wie notdürftig sich die Ampel jetzt noch einmal zusammengerauft hat, zeigt der jetzt präsentierte Kompromiß. Da ist etwa der Dauerstreit um die Schuldenbremse. Formal soll sie jetzt weitgehend im neuen Jahr wieder eingehalten werden. Sollte sich die Lage in der Ukraine aber deutlich zuspitzen, könnte die Ampel die Notbremse ziehen und erneut den Haushaltsnotstand ausrufen.

Das aber ist nicht nur eine Hintertür, sondern Ausdruck eines bestehenden Grundsatzstreits um den Umgang mit den Staatsfinanzen. SPD und Grüne werden hier nicht lockerlassen, zumal die Wirtschaftsaussichten für das kommende Jahr schon ohne Ukrainekrieg alles andere als rosig sind. Anders formuliert: Der nächste Ampelstreit zum Umgang mit der Schuldenbremse kommt bestimmt.

So bleibt ein großer Wermutstropfen: Zwar erklärte Scholz, die Schuldenbremse werde 2024 wieder eingehalten. In Wahrheit aber kann die Ampel das Rütteln daran noch immer nicht ganz lassen. Sie will nun prüfen, ob sie für 2024 eine Überschreitung der Defizitlimite um 2,7 Milliarden Euro beschließen kann.

Daß das mit heißer Nadel gestrickte Paket die finanzpolitischen Differenzen innerhalb der Ampel abschließend beilegt, ist kaum zu erwarten. Zu wünschen wäre, daß es als Startpunkt dient für eine ausgeruhte Debatte darüber, was der Staat in den nächsten Jahren wie finanzieren soll und was nicht (mehr) zwingend nötig ist. Das wäre sinnvoller als weitere fruchtlose Diskussionen über die Schuldenbremse.

In den Umfragen hat die Regierung ihre Mehrheit längst verloren. Die Oppositionsführer der Unionsparteien sind mit einem Drittel der Stimmen mit Abstand die stärkste Kraft, die AfD liegt auf Platz zwei. Drei Viertel der Bevölkerung sind mit der Regierung unzufrieden, fast ebenso viele meinten bereits im August, die Regierung sei ihren Aufgaben nicht gewachsen.

Der Kompromiß, auf den sich das Kabinett nun geeinigt hat, mag zwar ein geschicktes Stück politisches Krisenmanagement sein. Die Frage ist jedoch, welches Bild bei den Wählern haften bleibt: die wochenlange Krise oder der Kompromiß, der sie beendet hat

Kein klarer Strich bei klimaschädlichen Subventionen

Auch die von der Ampel präsentierten Einzelvorhaben können nicht immer überzeugen. Die geplanten Einsparungen im Sozialetat über 1,5 Milliarden Euro durch die bessere Vermittlung von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt muten wie ein beliebig gewählter Platzhalter an. Die geplanten Milliardenhilfen für die marode Bahn werden aus dem Klima- und Transformationsfonds einfach ausgelagert und sollen jetzt über Privatisierungen von Staatseigentum erlöst werden, Ausgang offen.

Gleichzeitig hat es die Ampel versäumt, trotz der erheblichen Finanznöte bei den klimaschädlichen Subventionen einen klaren Strich zu ziehen. Ein Zugeständnis an die FDP wiederum, die etwa bei von Steuererhöhungen partout nichts wissen will. Stattdessen nur ein paar Korrekturen hier und da, etwa durch die Einführung einer Plastikabgabe für die Hersteller.

Am Ende schleppt sich die Ampel mühsam in die Weihnachtspause. Lange wird der Frieden jedoch kaum halten.

14.12.2023